Hemmungsorgan "Zeitdienst"

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338829

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dr. Richard Lienhard

Hemmungsorgan «Zeitdienst»

> «Die Linken sollten anerkennen, dass die Arbeit der Sozialdemokratie an einem kompletten liberalen Reformwerk nicht einfach Teufelswerk zugunsten des Kapitalismus ist, sondern trächtig geht mit Möglichkeiten auch in Richtung Sozialismus.»
> *Günther Nenning,* Herausgeber der sozialistischen Zeitschrift «Neues Forum», Wien.

Es gehört aus unserer Sicht zu den erfreulichen Erscheinungen der Auseinandersetzung um die Zürcher Stadtrats- und Gemeinderatssitze, dass PdA und POZ der Versuchung widerstanden, den Wahlkampf mittels Verketzerung der Sozialdemokratie zu führen. Offenbar hat sich bei den massgebenden Köpfen dieser Parteien die Einsicht durchgesetzt, dass eine solche Verteufelung sowohl unmarxistisch als auch undialektisch ist und damit jeder sozialistischen Gesamtstrategie widersprechen müsste.

Eine unrühmliche Ausnahme bildete der «Zeitdienst». In unzeitgemässer Weise liess er sich auch unmittelbar vor dem Wahlgang keine Gelegenheit entgehen, die sozialdemokratischen Vertreter der Exekutive auf pauschale und unqualifizierbare Weise zu denunzieren («Auf die Standfestigkeit sozialdemokratischer Stadträte ist kein Verlass . . .», «Gewisse Sozialdemokraten besorgen stellvertretend die Geschäfte des Bürgertums» usw.).

Wer für die Redaktion des «Zeitdienst» verantwortlich zeichnet, wird dem Leser wohlweislich vorenthalten. Man geht indessen nicht fehl in der Annahme, dass als heimlicher Redaktor noch immer Theo Pinkus das Szepter führt. Er ist es denn auch, der seit Jahr und Tag vom Schreibtisch aus revolutionäre Aufträge an die Sozialdemokratie verfasst, nachdem er diese zuvor noch als einen Haufen Kapitalistenknechte denunziert hat. Was nützen seine frustrierenden Analysen der Sozialdemokratie, solange er sich nicht zu einer überzeugenden sozialistischen Strategie durchringen kann? Ist die Erinnerung an die bittern Erfahrungen der Linken in Hitlerdeutschland bereits verdunkelt? Wie mancher sass da im Café und analysierte streng marxistisch die Sozialdemokratie, bis er direkt vom Café ins Konzentrationslager befördert wurde. Oder um ein aktuelleres Beispiel anzuführen: Es nützt heute wenig, das Schicksal Allendes zu beklagen und über die verpasste Revolution in Chile zu lamentieren. Fruchtbarer wäre es, sich Gedanken über die Ursachen dieser Tragödie zu machen und die Frage aufzuwerfen, ob sich dort die Linksparteien – statt sich gegenseitig zu bekämpfen – auf eine linke Gesamtstrategie hätten einigen müssen. Natürlich ist es leicht, am Strom der Geschichte zu sitzen und zu rätseln, wie man es besser hätte machen können. Wo aber die Geschichte als Lehrmeisterin wirkt, sollte man die Erfahrungen in Theorie und Praxis verwerten.

Solange der «Zeitdienst» – statt eine linke Gesamtstrategie zu entwikkeln – emotionale Denunziation der Sozialdemokratie betreibt, wirkt er als Hemmungsorgan auf dem Weg zum Sozialismus.

Als verantwortlicher Herausgeber des «Zeitdienst» zeichnet *Werner Egli,* dem damit die Rolle eines Paradesozialdemokraten zugedacht ist. Seine Gutgläubigkeit ist so wenig bestritten wie sein Verdienst als langjähriger unermüdlicher Funktionär einer Zürcher SP-Sektion. Meine freundschaftlichen Beziehungen zu ihm, die Loyalität zu einem gelegentlichen Mitarbeiter schliessen indessen Kritik nicht aus, sondern bedingen sie geradezu. Es ist mir unverständlich, dass Werner Egli in jüngster Zeit vieles kritiklos übernommen hat, was von seiten der jungen oder neuen Linken in Zürich vertreten wurde. Aufgabe und Pflicht eines nicht mehr ganz jungen Funktionärs der SP wäre es, im Bewusstsein seiner Verantwortung gegenüber seiner Partei nicht nur die positiven, sondern auch die negativen Aspekte neulinker Politiker zu sehen und die Hand dagegen zu erheben, wo romantisches Wunschdenken anstelle politischer Vernunft tritt. Damit würden wir gerade den Vertretern der jungen Generation den besten Dienst erweisen. Wie viele von ihnen – und vielleicht die besten – wünschen im Grunde genommen den Widerspruch, ist doch ihr Hang zur Intoleranz meist nur Reflex innerer Unsicherheit. Im übrigen: Wer sich als SP-Veteran unter Folklore-Sozialisten mischt, bleibt eben trotzdem Veteran. Er wird dadurch nicht jünger, dass er mit kurzen Hosen ins autonome Jugendzentrum marschiert.

Die von Werner Egli verfasste und im «Zeitdienst» publizierte Entgegnung auf meinen Artikel «Servicestation Monatsschrift» («Profil» 1/74) stand sicherlich nicht unter dem Zeichen einer publizistischen Sternstunde. Auf meine Argumente zugunsten einer uneingeschränkten Meinungs- und Gewissensfreiheit geht der Verfasser überhaupt nicht ein. Seine Unterscheidung zwischen Individual- und Parteigewissen ist barer Unsinn. Dass Meinungs- und Gewissensfreiheit unteilbar sind, braucht hier wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Dass die von Werner Egli zwecks Verteidigung seines «Parteigewissens» angeführten Beispiele (Kündigungsschutz usw.!) mit dem Grundproblem überhaupt nichts zu tun haben, sei nur am Rande vermerkt. Weil dieser Diskussionsbeitrag völlig am Thema vorbeizielte, wurde er in «Profil» nicht veröffentlicht. Um auf das Grundsätzliche einzugehen, hätte Egli – offener und verständlicher – etwa antworten müssen: Meinungs- und Gewissensfreiheit als bürgerliches Hirngespinst heisst eben nicht in jedem Fall Freiheit der eigenen Meinung und des Gewissens; denn die Grenzen dieser Freiheit für Behördemitglieder bestimmt der Parteivorstand, wenigstens solange, als dieser über eine Mehrheit «progressiver» Mitglieder verfügt. Diese Auffassung stünde allerdings in eklatantem Widerspruch zu der Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 3. Juli 1951 (vgl. dazu insbesondere Art. 11). Diesen Widerspruch zu klären hätte Gegenstand eines Diskussionsbeitrages bilden müssen. Einen solchen Beitrag lieferte übrigens bereits Hermann Greulich,

dessen geschärftes sozialistisches Gewissen wohl ausser jeder Diskussion steht. Im Jahre 1905 notierte er:

> «Es ist wichtig, ob man das, was wir in Bern sagen, auffasst als aus innerster Überzeugung kommend oder als Gefälligkeit gegen die Partei oder als Zwang erklärt. Ich werde mich keinem Parteitag fügen, ich würde mein Mandat niederlegen. Wie es mir unter der Brust ist, will ich es sagen. Wir wollen keine Hampelmänner in Bern, andere Parteien haben das. Wir müssen Männer dort haben, die ihrer Überzeugung das Wort geben. Und wenn man findet, man habe sich gegen die allgemeine Meinung der Partei vergangen, dann ist vor dem Wahltag zu erklären: Nein, wir stellen dich nicht mehr auf, wir wollen jemanden haben, der unsere Interessen aus vollem Herzen vertritt. Und da hat die Partei das Recht, zu richten . . .»
>
> «Rote Revue» 1966 S. 296

Und Dr. Ludwig Frank stellte in unserm Blatt unter dem Titel «Fraktionsdisziplin» zutreffend fest:

> «Die politischen Parteien (nicht nur die unsrige) stehen vor der Frage: Sollen wir, um mit den ‚schwankenden Gestalten' in den eigenen Fraktionen fertig zu werden, verzichten auf die Mitarbeit von Männern, die durchaus wissen, was sie zu tun haben, denen es aber widerstrebt, sich ihre Stellungnahme von einer in der Verfassung nicht vorgesehenen Instanz vorschreiben zu lassen?»
>
> «Rote Revue» 1966 S. 295 f

Unverständlich bleibt somit, dass der «Zeitdienst» die genannte Entgegnung von Werner Egli nicht nur willig abdruckte, sondern sogar dem Bedauern Ausdruck gab, dass dieser Beitrag im «Profil» keine Aufnahme fand. Wie erklärt sich der unter dem Zweigestirn Pinkus/Egli stehende «Zeitdienst» den eklatanten Widerspruch: dass er bis heute jede Art von antiautoritärer Haltung als höchste Tugend pries, während nun dem Behördemitglied das Recht auf Meinungs- und Gewissensfreiheit recht autoritär abgesprochen wird? Gerade für Werner Egli genügten bis anhin autoritäre Spurenelemente, und schon leuchtete bei ihm das rote Hirnblinklicht auf. Solche Widersprüchlichkeit passt schlecht in das Bild einer Zeitschrift, die sich gerne politischer Grundsätzlichkeit rühmt und vorgibt, sich bei politischen Auseinandersetzungen der wissenschaftlichen Methode von Karl Marx zu bedienen. Jeder Versuch einer Einschränkung von Meinungs- und Gewissensfreiheit bedeutet eine Gefahr nicht nur für die Partei, sondern auch für den Sozialismus als Bewegung zur Freiheit. Eine Zeitschrift, welche der Einschränkung solcher Freiheitsrechte Vorschub leistet, wird zum Hemmungsorgan auf dem Weg zum Sozialismus.